In eigener Sache:

Liebe LeserInnen,

„Jedem Ende wohnt ein Anfang inne“: Mit der letzten Ausgabe im vergangenen Jahr hat die Firma German-Australian Media Link Pty. Ltd. die Herausgabe der einzigen deutschsprachigen Zeitung Australiens beendet und Geschäftsführer Ludger Heidelbach hat sich aus persönlichen Gründen von „Die WOCHE in Australien“ verabschiedet. Lange bemühten wir uns darum, auch in Zukunft über das Leben deutschsprachiger Mitbürger, Vereine und Institutionen in Australien berichten zu können. Bis zum letzten Moment sah es aus, als gäbe es keine Aussicht darauf, die Zeitung weiter fortführen zu können, doch nun ist in wenigen Tagen das fast unmöglich Geglaubte wahr geworden und die Herausgabe Ihrer einzigen deutschsprachigen Zeitung in Australien ist durch die Firma „Foreign Media Australia Pty. Ltd.“ weiterhin garantiert.

Für viele für Sie ist die deutsche Zeitung „Die WOCHE in Australien“ in den Jahren seit Ihrer Ankunft in Australien ein treuer Begleiter geworden (siehe auch Editorial „Die WOCHE in Australien“ Ausgabe 52/13). Deutsche bildeten von der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs bis Anfang der 90er Jahre die viertstärkste nicht-englisch-sprechende Bevölkerungsgruppe auf dem Fünften Kontinent. Laut Census 2011 leben heute noch 80.371 Deutschsprachige in Australien, was 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Geschichte deutscher Einwanderer in Australien hat sich somit verändert, aber sie ist noch längst nicht zu Ende geschrieben. „Die neue WOCHE in Australien“ soll Sie daher auch in Zukunft auf Ihrem Weg begleiten und die deutschsprachige Geschichte Down Under dokumentieren.

Es ist keineswegs ein leichtes Unterfangen, im Zeitalter des Internets die Herausgabe einer Printzeitung zu übernehmen. Doch Anrufe, Emails und Zusagen von Abonnenten und Anzeigenkunden in den vergangenen Wochen haben der „neuen WOCHE in Australien“ Mut gemacht, sich dieser Herausforderung zu stellen. Das Kommunikationsverhalten hat sich insbesondere im vergangenen Jahrzehnt enorm verändert. Printmedien geraten in den Hintergrund und werden durch kostenlose Medien wie soziale Netzwerke und Online-Nachrichten verdrängt. In Deutschland wurden Zeitungen mit Tradition eingestellt. Verlage wie aktuell der große Weltbild-Verlag (siehe auch Seite 7) meldeten Insolvenz an.

Um „Die neue WOCHE in Australien“ noch lange erscheinen lassen zu können, werden neue Schritte unumgänglich sein. Ziel ist es in erster Linie, die Aufrechterhaltung als Printmedium sicher zu stellen, denn die meisten von Ihnen, liebe LeserInnen, wissen das Gefühl, eine gedruckte Zeitung in den Händen zu halten, zu schätzen. Zusätzlich gilt es, das Internet zu nutzen, um mit Hilfe diverser Plattformen, eine größere Resonanz zu garantieren. Eine neue aktualisierte Webseite sowie soziale Medien sind notwendig, um auf die „neue WOCHE“ aufmerksam zu machen. Um diese Schritte Ihren Vorstellungen entsprechend zu gestalten, liegt der Redaktion ein reger Austausch mit Ihnen sehr am Herzen. Nutzen Sie die Chance und geben Sie uns die Gelegenheit, uns über Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge zu informieren. Geben Sie Ihre Meinung zum Beispiel durch einen Leserbrief kund und regen Sie damit auch andere LeserInnen zur Diskussion an!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein Frohes Neues Jahr und wünsche mir, dass die „neue WOCHE“ Sie durch das ereignisreiche Jahr 2014 und noch viele weitere Jahre führen wird. Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Treue!

Bis nächste Woche Ihre Nadine Halberkann

*Zitat Hermann Hesse (Schriftsteller, Dichter und Maler, 1877 - 1962)

EU will Sozialmissbrauchs-Debatte um Zuwanderer entschärfen

Berlin (dpa) – Im monatelangen Streit um Sozialleistungen für arbeitslose Einwanderer aus der Europäischen Union ist die EU-Kommission um Klarstellung bemüht. Sie will das Problem an diesem Montag durch Leitlinien zur Verhinderung von Sozialtourismus entschärfen. Die Diskussion hatte am Freitag an Dynamik gewonnen, nachdem eine Stellungnahme der Kommission bekanntgeworden war, in der die pauschale Ablehnung von Sozialleistungen für Arbeitslose aus der EU für unzulässig erklärt wird. Führende Unionspolitiker machten Brüssel deshalb am Wochenende heftige Vorwürfe.

,,Die Kommission agiert mal, ohne wirklich die Lebensrealitäten zu kennen“, sagte CSU-Chef Horst Seehofer der Nachrichtenagentur dpa. Deren wiederholte Einmischung in national geregelte Bereiche nannte er ,,Wasser auf die Mühlen der Europa-Kritiker.“ Seehofer beteuerte, die CSU sei ,,ausdrücklich für die Freizügigkeit“. ,,Aber wir sind gegen den Zuzug in die sozialen Sicherungssysteme.“

Die Kommission hatte zuvor deutlich gemacht, dass sie einen generellen Ausschluss neu zugewanderter Arbeitsloser aus EU-Staaten von Hartz-IV-Leistungen für unzulässig hält. Nötig seien konkrete Einzelfallprüfungen.

Für Montag hatte die Kommission angekündigt, Kriterien für den Anspruch auf Sozialleistungen für Bürger anderer EU-Staaten vorlegen zu wollen. ,,Es gibt eindeutige Vorkehrungen im EU-Recht, um zu verhindern, dass Menschen die Sozialsysteme anderer EU-Staaten missbrauchen“, erklärte Sozialkommissar Laszlo Andor. Die Leitlinien sollen die Bewegungsfreiheit der Menschen in der EU erleichtern.

Die Diskussion um angebliche Armutszuwanderer aus Rumänien und Bulgarien erhielt neue Nahrung, seit mit dem Jahreswechsel auch für die Bürger der beiden Staaten volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU gilt. Zumindest in den ersten drei Monaten haben sie aber keinen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen.

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) kritisierte die Position der Kommission als ,,völlig inakzeptabel“. ,,Würde sich ihre Ansicht durchsetzen, würde es vermutlich einen erheblichen Zustrom von Menschen geben, die allein wegen der Hartz-IV-Zahlungen nach Deutschland kommen würden“, sagte er der ,,Bild“-Zeitung.

Ähnlich äußerte sich CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer im ,,Spiegel“: Die Kommission stelle einen ,,Freifahrtschein in das deutsche soziale Sicherungssystem aus.“

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) plädierte dafür, die Probleme offen zu benennen. ,,Wir können nicht leugnen, dass es in manchen Städten Probleme gibt mit einer kleinen Minderheit, die nicht oder schwer integrierbar ist und sich nicht verantwortungsbewusst verhält“, sagte er der ,,Wirtschaftswoche“.

Der Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, Klaus Barthel, sieht die EU für die Arbeitnehmerfreizügigkeit nur unzureichend gewappnet. ,,Unser Sozialsystem ist auf diese Situation ebenso wenig vorbereitet wie das anderer Mitgliedsstaaten“, sagte er ,,Handelsblatt Online“. Nötig sei eine EU-weite Debatte ,,über die soziale Flankierung der Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt und die Dämpfung des Migrationsdrucks durch eine ausgeglichenere Wirtschaftsentwicklung“.

Der Vorsitzende der EU-kritischen Alternative für Deutschland, Bernd Lucke, lehnt Sozialhilfe für zugezogene EU-Ausländer ab. ,,Brüssel darf nicht darüber entscheiden, wer in Deutschland Sozialleistungen erhält“, sagte er dem ,,Focus“. ,,Wenn wirklich jeder, der einfach hierherkommt, Anspruch auf Hartz IV hätte, würde das unseren Sozialstaat ruinieren.

Aus aller Welt

Ein Feuerwerker der GEKA (Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten) trägt in Munster (Niedersachsen) eine Schutzausrüstung. Die GEKA mbH wurde 1997 gegründet. Sie ist das einzige Unternehmen in Deutschland, dem der Umgang mit chemischer Munition zum Zwecke der Vernichtung erlaubt ist. Bis Mitte des Jahres sollen die syrischen Chemiewaffen vernichtet sein. Auch Deutschland leistet jetzt einen Beitrag. Im niedersächsischen Munster sollen Abfallstoffe entsorgt werden.

Zwei libanesische Frauen gehen in Beirut, Libanon, an einem Plakat des ermordeten Ex-Präsidenten Rafik Hariri vorbei. Die Anklagebank bleibt bei diesem Prozess leer. Die Männer, die am 14. Februar 2005 in Beirut mit einer Bombe Ex-Ministerpräsident Hariri und 21 weiteren Menschen getötet haben sollen, sind alle flüchtig. Damit ist der Prozess bereits ein Unikum: Zum ersten Mal wird in Den Haag in Abwesenheit der Angeklagten geurteilt.

Südkoreanische Soldaten versorgen ein Flüchtlingscamp im Südsudan mit Wasser (Archivbild). Der UN-Sicherheitsrat hat die Regierung des Südsudans zur Freilassung aller im Gefängnis sitzenden führenden Politiker aufgerufen. Das sei notwendig, um ein für den erfolgreichen Dialog förderliches Umfeld entstehen zu lassen, hieß es in einer am Freitag in New York von allen 15 Ratsmitgliedern gemeinsam veröffentlichten Erklärung.

Pressestimmen

Zur Verletzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Skilaufen schreibt die russische Regierungszeitung ,,Rossijskaja Gaseta“ (Moskau): ,,Da seit der Regierungsbildung bereits einige Probleme in der Koalition aufgetaucht sind, hat Merkel trotz der Schmerzen die Kabinettssitzung selbst geleitet. Die Kanzlerin zeigt mit ihrer Anwesenheit, dass sie die volle Kontrolle hat. Bekanntermaßen lebt Politik von Symbolen. Jede kleine Schwäche könnte von Untergebenen missverstanden werden und – wie schon oft geschehen – die Position der Regierungschefin gefährden. Andererseits spielt die Anordnung der Ärzte der deutschen Kanzlerin in die Hände. Sie ist bekannt für eine Taktik des Wartens und Verzögerns. Die vorgeschriebene Bettruhe könnte die perfekte Entschuldigung dafür sein, weitreichende Entschlüsse noch nicht zu fassen.“

Zum Start der EU-Ratspräsidentschaft Griechenlands heißt es am Samstag in der niederländischen Zeitung ,,de Volkskrant“: ,,2014 erwartet Athen ein kleines Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent – das erste seit sechs Jahren. Grund für Ministerpräsident Samaras, der Krise Lebewohl zu sagen und zu erklären, Griechenland könne finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen. (...) Doch allzu viel ist eigentlich nicht geschehen. Von den 50 Milliarden Euro, die durch Verkäufe von Staatsbetrieben hereinkommen sollten, sind laut Samaras nur 2,6 Milliarden realisiert worden. Die Staatsverschuldung ist nicht verringert, sondern auch durch die Notkredite Europas und des IWF auf fast 180 Prozent (des Bruttosozialprodukts) aufgelaufen – drei mal mehr als die Maximalnorm für Euroländer. Dieser Mühlstein von Zinslast hängt nun an der griechischen Jugend. Dabei sitzt die immer noch größtenteils arbeitslos zu Haus. Neue Jobs gibt es vor allem auf dem Papier.“

Gedenk-/Feiertage

27. Februar	Weiberfastnacht
3. März	Rosenmontag
5. März	Aschermittwoch
13. April	Palmsonntag
17. April	Gründonnerstag
19. April	Ostersonntag

Try Harders

Währungstabelle vom 13. Januar 2014

... always reliable, always punctual
International Forwarding Agents and Licensed Customs Brokers
phone Henning Harders Pty Ltd on (02) 9358 5100 or (03) 9335 5644

Kursnotierungen:

Land	Währung	Ankauf	Verkauf
Europa	Euro	0.6213	0.6839
Schweiz	SF	0.7698	0.8384
USA	US $	0.8615	0.9324

Achtung Touristen: Die angegebenen Kurse entsprechen dem amtlichen Mittelkurs bei bargeldloser Verrechnung. Die Umtauschquoten für Bargeld oder Traveller Cheques liegen in der Regel um einige Prozentpunkte höher (Ankauf) oder niedriger (Verkauf). Umrechnungskurse immer bezogen auf 1 Australien-Dollar (ohne Gewähr).

Impressum

Die neue Woche in Australien
published by

Foreign Media Australia Pty. Ltd.

ABN: 42167437943

Redaktion : 7/69 Cowper Street
Randwick NSW 2031
Postanschrift : PO Box 1032, Randwick NSW 2031
Telefon : 045 1790 403
Email : neuewoche@hotmail.com

Geschäftsführende Chefredakteurin (Managing Editor)
Nadine Halberkann

Korrespondenten
Nadja Mack (Melbourne, VIC), Dr. Olaf Konstantin Krueger (Adelaide, SA), Wolfgang Kreuzer (Brisbane, QLD) Tel.: 0409 894 575), Bill Hauber (Airlie Beach, QLD) Tel.: (07) 4945 7186, Wolfgang Leonhardt (Perth WA) Tel.: 08 9302 4942

Printed by MPD, Unit E1 / 46-62 Maddox St., Alexandria NSW 2015, T. (02) 8898 1200
Distributed by Wrapaway, 36A1/34 Fitzroy St., Marrickville NSW 2204, T. (02) 9550 1622

Nicht ausdrücklich gekennzeichnete Beiträge und Bilder sind dpa Berichte und dpa Fotos!
Für unverlangt eingesandtes Material sowie Fotos kann keine Haftung übernommen werden.
Eine Rücksendung erfolgt nur, falls ein adressierter Freiumschlag beigelegt ist.

EU-Kommission rüffelt Hartz-IV-Regelungen für Zuwanderer

Berlin (dpa) – Deutschland darf den Ausschluss von EU-Zuwanderern von Hartz-IV-Leistungen arbeitslosen Zuwanderern nach Ansicht der EU-Kommission nicht pauschal Hartz-IV-Leistungen versagen. Die Kommission verlangt zwar keine gesetzliche Neuregelung, pocht aber in Fällen von Leistungsverweigerung auf konkrete Einzelfallprüfungen.

Entgegen Medienberichten vom Freitag dringt sie aber nicht darauf, die Hürden generell zu senken und allen arbeitslosen EU-Bürgern Sozialhilfe zu gewähren. Dies lehnt die Bundesregierung auch ab.

Die EU-Kommission hatte ihre Einschätzung in einer Stellungnahme zu einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) formuliert, über die die ,,Süddeutsche Zeitung" zuerst berichtete. Darin stellt die Kommission eine zentrale Vorschrift im Sozialgesetzbuch über den Ausschluss von EU-Zuwanderern von Hartz-IV-Leistungen infrage.

In dem Verfahren geht es um eine 24-jährige Rumänin, die seit 2010 mit ihrem Sohn in Deutschland lebt. Die Frau war bei der Schwester in Leipzig untergekommen, erhielt Kindergeld sowie Unterhaltsvorschuss vom Jugendamt. Da sie keine Beschäftigung aufnahm, lehnte das Jobcenter ihren Antrag auf Hartz-IV-Leistungen ab. Der Fall liegt zur Entscheidung beim EuGH.

Die Kommission bemängelt insbesondere den generellen Ausschluss vieler EU-Ausländer von Hilfen im deutschen Sozialrecht. Nach den geltenden Regeln erhalten nur Arbeitnehmer und Selbstständige Hartz-IV-Leistungen, nicht aber Migranten, die nach Deutschland kommen und keine Arbeit suchen.

Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, die gesetzlichen Regelungen für den Bezug von Hartz-IV-Leistungen zu ändern. Die Entscheidung des EuGH sei abzuwarten, sagte ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums. Er bekräftigte die Auffassung, der Ausschluss beitragsunabhängiger Leistungen wie das Arbeitslosengeld II in den ersten drei Monaten generell und auch im konkreten Fall sei rechtens – ,,auch um Fehlanreize zu vermeiden".

Dies stelle weder die Freizügigkeit, die Zuwanderung von Fachkräften noch ,,berechtigte Ansprüche auf Sozialleistungen" wie das Kindergeld in Frage, sagte der Sprecher. Die Auffassung der EU-Kommission in dem Rechtsstreit bedeute ,,keinerlei Vorfestlegung" für die zu erwartende EuGH-Entscheidung.

Israels Ex-Regierungschef Scharon gestorben

Tel Aviv (dpa) – Der frühere israelische Ministerpräsident Ariel Scharon ist im Alter von 85 Jahren in einem Krankenhaus bei Tel Aviv gestorben. Der frühere Militär und Politiker hatte nach einem Schlaganfall acht Jahre im Koma gelegen. Politiker in aller Welt würdigten seine Verdienste für Israel. Scharon hinterlässt zwei erwachsene Söhne und mehrere Enkelkinder. Er wäre am 27. Februar 86 Jahre alt geworden.

Ariel Scharon

US-Präsident Barack Obama bezeichnete Scharon als einen, der dem Staat Israel sein Leben gewidmet habe. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) würdigte Scharon als Patrioten mit großen Verdiensten für sein Land. Vor einer offiziellen Trauerfeier ist der Sarg des früheren Ministerpräsidenten Ariel Scharon am Sonntagabend in das Parlament in Jerusalem gebracht worden. Etwa 10.000 Menschen nahmen nach Medienberichten Abschied von Scharon.

Palästinenser bezeichneten Scharon dagegen als Kriminellen und erklärten, sein Name werde für immer mit Schmerz, Blut, Folter, Vertreibung und Verbrechen verbunden sein. Auf Scharon warte nun Gottes Strafe, sagte das führende Fatah-Mitglied Dschamal Muhessen. ,,Er wird für seine Verbrechen bestraft werden, vor allem für Sabra und Schatila", betonte Muhessen. Während des Libanon-Krieges hatten mit Israel verbandelte libanesische Milizen 1982 Hunderte Palästinenser in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ermordet.

Im kollektiven Gedächtnis der Araber wird Scharon deshalb wohl immer der ,,Schlächter von Beirut" bleiben. Der Sprecher der radikal-islamischen Hamas im Gazastreifen, Salah al-Bardawil, sagte sogar: ,,Wir beten zu Allah, dass Scharon und all die zionistischen Führer, die Massaker gegen unser Volk verübt haben, zur Hölle gehen."

,,Mein lieber Freund, Ariel Scharon, hat heute seinen letzten Kampf verloren", erklärte Präsident Schimon Peres. Er würdigte Scharon als einen der größten Beschützer und wichtigsten Architekten Israels. ,,Ariel war ein tapferer Soldat und kühner Führer, der seine Nation liebte und sein Land liebte ihn."

Regierungschef Benjamin Netanjahu bezeichnete Scharon als großen militärischen Führer und mutigen Kämpfer, dessen Erinnerung immer im Herzen der Nation bleiben werde.

Scharon war von 2001 an fünf Jahre Regierungschef. Der als Kriegsheld verehrte Politiker setzte 2005 den einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen durch. Seit Ende Juli verhandeln Israel und die Palästinenser wieder über eine Friedenslösung auf Basis der Zwei-Staaten-Lösung, bei der ein in Frieden neben Israel lebender Palästinenserstaat angestrebt wird. Dafür müsste sich Israel aus weiten Teilen des Westjordanlandes zurückziehen.

Der Sohn jüdischer Einwanderer aus Osteuropa war während seiner langen Karriere in Armee und Politik von Anhängern verehrt, aber von Gegnern gefürchtet und gehasst. Sein legendäres Stehvermögen in politischen Auseinandersetzungen brachten ihm den Spitznamen ,,Bulldozer" ein.

Den Bau israelischer Siedlungen in den 1967 besetzten arabischen Gebieten unterstützte Scharon anfangs massiv. Als besondere Provokation empfanden die Palästinenser einen Besuch des damaligen Oppositionspolitikers im September 2000 auf dem Muslimen wie Juden heiligen Tempelberg (Haram al-Scharif) in der Alstadt von Jerusalem. Die Unruhen mündeten in einen bewaffneten Aufstand der Palästinenser (Zweite Intifada).

,,SZ": Anzeige gegen Großbritannien wegen Folter im Irak

Berlin (dpa) – Wegen angeblicher systematischer Folter und Kriegsverbrechen durch britische Soldaten während des Irak-Krieges haben zwei Nichtregierungsorganisationen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Strafanzeige erstattet.

Das berichteten die ,,Süddeutsche Zeitung" und der Norddeutsche Rundfunk nach gemeinsamen Recherchen. Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin und die Public Interest Lawyers (PIL), eine gemeinnützige Anwaltskanzlei aus Birmingham, hätten die Klage gegen die britische Regierung eingereicht. Anwälte fordern Ermittlungen gegen hochrangige britische Kommandeure, damalige Minister und Staatssekretäre.

Konkret soll es um die Misshandlung von Gefangenen in den Jahren 2003 bis 2008 gehen. Den Angaben zufolge haben insgesamt 109 ehemalige irakische Gefangene ihre Erlebnisse zu Protokoll gegeben.

Das britische Verteidigungsministerium bestätigte am Freitagabend auf eine gemeinsame Anfrage von ,,SZ" und NDR, dass es im Irak zu Misshandlungen durch britische Soldaten gekommen sei – in ,,wenigen Fällen". Den Vorwurf, britische Soldaten hätten systematisch gefoltert, wies ein Sprecher zurück.

Tausende bei Protestmarsch in Bangkok

Bangkok (dpa) – Tausende Demonstranten sind in Bangkok erneut gegen die Regierung aufmarschiert. Anführer Suthep Thaugsuban führte den lautstarken Protestzug über den Fluss Chao Phraya in den westlichen Teil der thailändischen Hauptstadt. Der Marsch gilt als Vorbereitung auf die Massendemonstration, mit der Suthep Bangkok am Montag lahmlegen wollte. Suthep will die Regierung stürzen und die Wahlen am 2. Februar verhindern, weil die Regierungspartei aller Voraussicht nach wieder gewinnen würde. Er wirft ihr Korruption vor.

Mit Plakaten demonstrieren Teilnehmer am Checkpoint Charlie in Berlin gegen das US-amerikanische Internet-Überwachungsprogramm der NSA Prism.

Obama präsentiert NSA-Reformen

Washington (dpa) – US-Präsident Barack Obama wird am kommenden Freitag seine Reformen für den Geheimdienst NSA präsentieren. Den Termin bestätigte der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney, in Washington. Er machte keine näheren Angaben über die Inhalte der geplanten Rede. ,,Das Ziel des Präsidenten ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die mehr Transparenz schaffen, (und) Reformen einzuführen, die das System verbessern, indem sie den Amerikanern mehr Vertrauen verschaffen", sagte Carney. Zeitungen berichteten zuvor, Obama wolle der Daten-Sammelwut der NSA Grenzen setzen. Auch Ausländer sollten stärkeren Schutz vor dem Ausspähen genießen.

Ebenfalls bezüglich der NSA-Spähaffäre will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in den nächsten Monaten nach Washington reisen. Die Kanzlerin habe eine Einladung von US-Präsident Barack Obama angenommen.

Ex-Pentagon-Chef Gates greift in Memoiren Obama an

Washington (dpa) – Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates hat in seinen Memoiren die Afghanistan-Politik von Präsident Barack Obamas ungewöhnlich scharf attackiert. Obama habe nur das eine Ziel: Die Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Derartige Angriffe von pensionierten Pentagon-Chefs gelten in Washington als absolutes Tabu.

Zudem griff der 70-jährige Gates auch Vize-Präsident Joe Biden und Ex-Außenministerin Hillary Clinton frontal an. Gates wirft Biden vor, er sei ein ,,Brunnenvergifter", Clinton sei eine Opportunistin, die ihr Mäntelchen nach dem Wind hängt. Beiden Angegriffenen werden Ambitionen für die Präsidentenwahl 2016 nachgesagt werden.

Gates galt bisher als loyaler Beamter: Er diente bereits 2006 bis 2009 unter dem republikanischen Präsidenten George W. Bush. Obama beließ ihn nach seinem Amtsantritt zunächst im Amt, 2011 ging Gates in den Ruhestand. Das Buch mit dem Titel ,,Duty: Memoirs of a Secretary at War" (Die Pflicht: Memoiren eines Ministers im Krieg) soll diese Woche erscheinen.

Das Weiße Haus regierte demonstrativ gelassen auf die Kritik. Gates wirft Obama den Angaben zufolge zudem vor, er hege eine Antipathie gegen den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai. ,,Der Präsident vertraut seinen Kommandeuren nicht, er kann Karsai nicht ausstehen, glaubt nicht an seine eigene Strategie und betrachtet den Krieg nicht als seinen eigenen", heißt es in Auszügen in der ,,Washington Post". Obama habe vor allem daran gezweifelt, dass die von ihm nach seinem Amtsantritt 2009 angeordnete Truppenverstärkung um rund 30.000 Soldaten zum Erfolg führe.

Mit Blick auf den geplanten Truppenabzug aus Afghanistan heißt es demnach über Obama wörtlich: ,,Für ihn geht es nur darum herauszukommen." Es ist das erklärte Ziel der USA und der NATO-Partner, bis Ende 2014 die Soldaten vom Hindukusch abzuziehen. Lediglich zu Ausbildungs- und Beratungszwecken sollen noch Truppen im Land bleiben. Allerdings richtete Gates auch Vorwürfe an Bush, der nach dem Terrorangriffen 2001 den Afghanistan-Einmarsch angeordnet hatte. Mit Blick auf den von Bush erhofften Wandel in dem Land meint Gates den Angaben zufolge, seine Ziele seien ,,auf peinliche Weise ehrgeizig und historisch naiv" gewesen.

Mursi-Prozess fällt aus

Kairo (dpa) – Im Prozess gegen den ehemaligen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi ist die zweite Sitzung am Mittwoch ausgefallen. Zur Begründung hieß es, Mursi könne wegen schlechten Wetters nicht mit einem Helikopter zum Gerichtssaal in Kairo gebracht werden.

Der Prozess werde am 1. Februar fortgesetzt, meldete die Website der ägyptischen Zeitung ,,Al-Dostour al-Asly" weiter.

Der islamistische Politiker ist wegen der Tötung von Demonstranten im Dezember 2012 vor dem Präsidentenpalast angeklagt. Die Armee hatte den ersten freigewählten Präsidenten des Landes im Juli 2013 nach Massenprotesten abgesetzt.

Der Prozess gegen den 63-Jährigen und 14 weitere Islamisten hatte im November begonnen. Damals war es im Gerichtssaal zu lauten Tumulten gekommen. Mursi hatte erklärt, er sei immer noch der legitime Präsident Ägyptens.

De Maizière: In der Bundeswehr ist vieles nicht in Ordnung

Berlin (dpa) – Ex-Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat sich mit deutlichen Worten an die Bundeswehr und an die europäischen Verbündeten von seinem bisherigen Amt verabschiedet.

Am Rande des Großen Zapfenstreichs zu seinen Ehren räumte er am Mittwochabend ein, dass in der Bundeswehr ,,vieles nicht in Ordnung" sei. Gleichzeitig verbat er sich Kritik am militärischen Engagement Deutschlands vonseiten Frankreichs und Großbritanniens. Erstmals verriet der 59-Jährige, dass er in der Drohnen-Affäre an Rücktritt gedacht habe, aber von den Soldaten davon abgehalten worden sei.

Soldaten stehen beim Großen Zapfenstreich zu ehren des ehemaligen Bundesverteidigungsminsters Thomas de Maiziere (CDU, nicht im Bild) in Berlin.

De Maizière war bei der Aufstellung des neuen Kabinetts vor drei Wochen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vom Verteidigungs- in das Innenministerium versetzt worden. Seine Nachfolgerin im Bendlerblock ist Ursula von der Leyen (CDU), die an der der Reform teilnahm. Sie würdigte de Maizières Reformwerk. ,,Es wird keine Reform geben. Das ist eine gute Nachricht für die Bundeswehr. Das ist Dein Erfolg", sagte sie.

De Maizière machte deutlich, dass er die Unzufriedenheit in der Truppe mit der Reform nicht beunruhigend findet. ,,Es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre", sagte er. ,,Ziel der Neuausrichtung war es nicht und konnte es nicht sein, die Zufriedenheit der Soldaten und Mitarbeiter zu erhöhen." Ziel sei es, den Auftrag der Bundeswehr zu erfüllen.

Der Innenminister räumte aber Probleme in der Truppe ein. ,,In der Bundeswehr ist natürlich vieles nicht in Ordnung, nicht nur im Rüstungsbereich", sagte er. Er fügte aber hinzu: ,,Das ist normal für Institutionen dieser Größenordnung." De Maizières Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hatte bei seinem Rücktritt im März 2011 gesagt, er hinterlasse ein bestelltes Haus.

An die Adresse der wichtigsten europäischen Bündnispartner sagte de Maizière: ,,Deutschland braucht von niemandem in Europa Belehrungen über Art und Ausmaß unserer internationalen Einsätze – da lüfte ich ein Geheimnis - haben mich übrigens auch von einem Rücktritt abgehalten."

Glaeseker-Prozess: Geschiedene Frau widerspricht Ex-Bundespräsidenten Wulff

Hannover (dpa) – Der frühere Bundespräsident Christian Wulff muss nach Ansicht seiner geschiedenen Frau von den Urlauben seines Vertrauten Olaf Glaeseker bei dem Partyveranstalter Manfred Schmidt gewusst haben. Wulffs ersten Frau Christiane widersprach den Aussagen ihres Ex-Mannes am Freitag im Korruptionsprozess gegen Glaeseker in einem zentralen Punkt.

,,Er muss es gewusst haben, weil er mir über Herrn Glaeseker noch ein Schreiben übermittelt hat", sagte sie im Landgericht Hannover auf die Frage, ob Wulff über die Reisen Glaesekers zu dem mitangeklagten Partymanager informiert gewesen sei. Glaeseker, damals Sprecher ihres Mannes, habe ihr das Schreiben kurz darauf im Urlaub ausgehändigt.

Auch im Trennungsgespräch mit ihrem Ex-Mann habe sie in Glaesekers Gegenwart eine Urlaubseinladung Schmidts erwähnt und keinen Zweifel daran gelassen, dass sie diese annehmen werde. ,,Deshalb gehe ich auch davon aus, dass er davon wusste." Christiane Wulff hat mindestens zweimal auf Einladung Schmidts auf dessen spanischer Finca übernachtet und beim dritten Urlaub mit den Glaesekers einen Tagesausflug dorthin gemacht.

Wulff hatte 2012 bei der Staatsanwaltschaft erklärt, nichts von den Besuchen in Spanien und Frankreich sowie Glaesekers Freundschaft mit Schmidt und dessen Besuchen gewusst zu haben. Er ist für den 10. Februar als Zeuge im Glaeseker-Prozess geladen. Zwei Wochen später soll auch der derzeitige EU-Energiekommissar Günther Oettinger aussagen. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und Wulff waren Schirmherren der Lobbyveranstaltung Nord-Süd-Dialog, die im Zentrum des Prozesses steht.

Einen Tag später ist die ehemalige Tagesthemen-Moderatorin und TV-Talkerin Sabine Christiansen als Zeugin geladen. Von der Befragung erhofft sich das Landgericht Informationen zum Nord-Süd-Dialog, der von 2007 bis 2009 veranstaltet wurde. Geklärt werden soll auch, wie nahe sich Glaeseker und Schmidt stehen. Sie hatten die Einladungen auf ihre enge Freundschaft zurückgeführt.

Christiane Wulff meinte dazu: ,,Sie sind sehr freundschaftlich miteinander umgegangen." Schmidt habe dem Wein-Fan Glaeseker sogar den Zugang zum Weinkeller gestattet. Ein früherer Mitarbeiter beschrieb den Party-Manager als großzügigen Gastgeber, der stets Freunde auf seiner spanischen Finca um sich gehabt habe. Der ihm freundschaftlich verbundene Glaeseker und seine Frau seien dort zweimal jährlich gewesen.

„Zuwanderungsprobleme nicht als Massenphänomen dramatisieren"

Berlin (dpa) – In der Debatte um eine angebliche Armutszuwanderung aus Südosteuropa bemühen sich Politiker und Experten mehr und mehr um Schadensbegrenzung. Der Präsident des Deutschen Städtetags, Ulrich Maly (SPD) warnte davor, das Problem als Massenphänomen zu dramatisieren.

,,Wir haben es nicht mit einer flächendeckenden Herausforderung zu tun. Die Schwierigkeiten konzentrieren sich auf etwa ein Dutzend große Städte", sagte der Oberbürgermeister von Nürnberg der ,,Passauer Neuen Presse". Und dort ,,ballen sich soziale Probleme in einigen wenigen Stadtteilen".

In der aktuellen Debatte werde ,,der fatale Eindruck erweckt, dass alle Bulgaren und Rumänen, die jetzt zu uns kommen, Armutszuwanderer sind und viele von ihnen auch Sozialbetrüger", kritisierte Maly.

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) sieht ,,derzeit nur punktuell Anzeichen für eine Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien" und blickt optimistisch in die Zukunft. ,,Wir rechnen damit, dass unter den Neuzuwanderern jeder zweite eine gute Ausbildung mitbringt", sagte BA-Vorstand Heinrich Alt der ,,Rheinischen Post".

Die Bundesregierung will bis zum Sommer mit einem eigenen Gremium dem angeblichen Problem nachgehen. Das Bundeskabinett setzte dazu am Mittwoch einen Staatssekretärs-Ausschuss mit Vertretern fast aller Ministerien ein. Die Runde soll bis Juni prüfen, ob und wie die Regierung gegen einen möglichen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger vorgehen sollte. ,,Wir müssen bestehende falsche Anreize zur Zuwanderung in die Sozialsysteme abbauen", sagte Innenstaatssekretär Günter Krings (CDU) dazu der ,,Passauer Neuen Presse".

Die CSU hatte die Debatte mit Blick auf Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien losgetreten, die seit Jahresbeginn unbeschränkt Arbeit in Deutschland suchen können.

Seit dem 1. Januar gilt für Bürger der beiden Staaten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Das heißt, sie brauchen keine Arbeitserlaubnis mehr, um sich in Deutschland niederzulassen. Die CSU warnt davor, dass verstärkt gering qualifizierte Migranten kommen, die nach Einschätzung der Partei in Deutschland vor allem Sozialleistungen in Anspruch nehmen wollen, aber kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die neue Woche in Australien

Internet- PDF-Abonnement

Sichern Sie sich oder Ihren Freunden und Verwandten eine schnelle und unkomplizierte WOCHE-Zustellung per Email .

Bestellen Sie jetzt unser PDF-Abonnement und erhalten Sie für nur $55.00 inkl. GST ein halbes Jahr lang jede Woche die WOCHE per Email zugeschickt.

Name: .....

Emailadresse: .....

Tel.-Nr.: .....

Scheck / Money Order beifügen oder

Zahlung mit Kreditkarte ($3.00 Gebühr): Visa/Mastercard

Karteninhaber Name: .....

Karten-Nummer: ..... / ..... / ..... / .....

Gültig bis: Expiry date: ..... / .....

Foreign Media Australia Pty. Ltd.

ABN: 42167437943

PO Box 1032, Randwick NSW 2031

Tel.: 045 1790 403

Boris Becker ist seinen Job als Markenbotschafter von Mercedes-Benz los. Der Vertrag noch vor Ende der Laufzeit gekündigt. Markenbotschafter sind Prominente, die für ein Unternehmen mit ihrem „guten Namen" die Werbetrommel rühren.

Präsident Gauck lud zum Neujahrsempfang

Berlin (dpa) – Bundespräsident Joachim Gauck hatte Politiker, Prominente und ausgewählte Bürger zu seinem Neujahrsempfang ins Schloss Bellevue gebeten. Es ist seit langem Tradition, die Spitzen der Politik, Wirtschaft, Kultur und dem öffentlichen Leben, um Neujahrsglückwünsche entgegen zu nehmen. Unter den Geladenen waren Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Mitglieder der Bundesregierung, andere Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowie 60 Bürgerinnen und Bürger, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben. Mit dem Empfang wollen Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt den Gästen Dank sagen für ihr ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement.

Bundespräsident Joachim Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt (beide rechts) schauen beim Neujahrsempfang im Schloss Bellevue in Berlin nach der Begrüßung Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hinterher, die nach einem Skiunfall auf Krücken erschien. Im Hintergrund sind die Mitglieder des Kabinetts (l-r) Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Sozialministerin Andrea Nahles (SPD), Justizminister Heiko Maas (SPD), Innenminister Thomas de Maizière (CDU), Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu sehen.

Deutsche als Buhmänner – Schweizer streiten über „Masseneinwanderung“

Basel (dpa) – An deutschen Stammtischen sind es Bulgaren und Rumänen, in der Schweiz hingegen müssen eher Deutsche als Buhmänner für Zuwanderungsdebatten herhalten. Gern wird zwischen Bern und St. Gallen die von der Boulevardzeitung ,,Blick“ formulierte Frage erörtert: ,,Wie viele Deutsche verträgt die Schweiz?“. Sie ist Teil eines heftigen Streits um die Initiative der national-konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) ,,gegen Masseneinwanderung“.

Ähnlich wie in der deutschen ,,Ausländerdebatte“ bleiben auch in der Schweiz Fairness und Anstand gelegentlich auf der Strecke. Als kürzlich unweit des Vierwaldstätterseeses ein Schweizer Kampfjet abstürzte und dabei ein deutscher Militärmediziner umkam, twitterte der SVP-Politiker Christoph Mörgeli: ,,Warum arbeiten Deutsche als Fliegerärzte der Schweizer Armee? Sorry, hier hats einfach Grenzen!“ Der Mediziner war wenige Jahre zuvor in die Schweiz übergesiedelt. Wie Zehntausende andere – oft bestens qualifizierte – Europäer hatte er das 2002 in Kraft getretene Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über Personenfreizügigkeit genutzt.

Rund 300.000 Deutsche leben derzeit in der Alpenrepublik. Mit einem Anteil von fast 16 Prozent unter den 1,8 Millionen Ausländern stehen sie insgesamt an zweiter Stelle hinter den Italienern, in der Deutsch-Schweiz gar an erster.

Der Zuzug von Bundesbürgern hat sich mit der Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage zwar verlangsamt. Doch die Schweiz bleibt das beliebteste Auswanderungsziel für Deutsche. Sie verdienen hier gutes Geld als Ärzte, Forscher oder Manager. Auch als Kellner – was Schwyzertütsch sprechende Eidgenossen manchmal zu der bissigen Frage veranlasst, ob man seine Bestellung ,,jetzt nur noch auf Hochdeutsch aufgeben darf“. Zudem wird Einwanderern aus dem vergleichsweise riesigen Nachbarland, das dauernd im Fußball gewinnt, Arroganz und mangelnde Anpassung an schweizerische Sitten nachgesagt.

Mit ,,Armutszuwanderern“ vom Balkan können Migrationskritiker in der Schweiz hingegen kaum noch argumentieren. Bern hatte in Brüssel für Bulgaren und Rumänen Übergangsfristen durchgesetzt, die erst 2016 auslaufen. Die Argumente der SVP gegen die ,,Masseneinwanderung“ sind denn auch eher am Gesamttrend ausgerichtet: ,,Rund 80.000 Personen wandern jährlich mehr in unser Land ein als aus“, rechnet ein SVP-,,Extrablatt“ vor. ,,Das heißt: Jährlich entsteht neu eine Stadt in der Größe von Luzern oder St.Gallen...“

Überfüllte Züge, verstopfte Straßen, hohe Mieten, Umweltschäden und überforderte Sozialsysteme seien die Folgen. Deshalb sollen die Schweizer am 9. Februar für eine Verfassungsänderung mit diesem Ziel stimmen: ,,Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.“ Ein Poster der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegen „Masseneinwanderung“ steht auf dem Bahnhof SBB in Basel.

Freizügigkeitsabkommen mit der EU, die solche Kontingentierungen verbieten, sollen laut SVP neu verhandelt werden. Betroffen wäre auch die Einwanderung aus Deutschland. Noch scheinen die meisten Schweizer das abzulehnen. 53,5 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage sagten ,,Nein“, nur 36 Prozent ,,Ja“. Das war kurz vor Weihnachten. Inzwischen hat die SVP eine große Werbekampagne gestartet.

Allerdings gibt auch die Wirtschaft Millionen aus, um die SVP auszubremsen. Was die – stark von dem rechtspopulistischen Millionär Christoph Blocher beeinflusste – Partei anstrebe, würde fatale Folgen für die Schweiz haben, erklärt die Gegeninitiative: ,,Für unsere Unternehmen ist es überlebenswichtig, dass sie gut ausgebildetes Personal aus dem Ausland einstellen können.“ Zudem würde die EU nicht tatenlos zusehen, wenn Bern Abkommen über die Personenfreizügigkeit ignoriert. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wies in der ,,Neuen Zürcher Zeitung“ auf die Vorteile eines guten Verhältnisses zum Rest Europas hin: Die EU gewähre der Schweiz einen privilegierten Zugang zu ihrem Binnenmarkt mit 500 Millionen Konsumenten.

Jeden dritten Franken verdiene man im Handel mit der EU, rechnete der Unternehmerverband Economiesuisse vor. Davon sei jeder dritte Arbeitsplatz in der Schweiz abhängig.

Schweiz muss Milliardenverlust durch gesunkenen Goldpreis verkraften

Zürich (dpa) – Wegen des gesunkenen Goldpreises muss die Schweizerische Nationalbank (SNB) einen Milliardenverlust hinnehmen. Insgesamt verbuchte sie für das Geschäftsjahr 2013 ein Minus von 12 Milliarden Franken. Das teilte die Zentralbank in Zürich mit. Daher könne es keine Gewinnausschüttung an die Staats- und Gemeindekassen geben. In die Haushalte des Bundes sowie von 20 der 26 Schweizer Kantone werden dadurch Löcher gerissen, die nun durch Sparmaßnahmen und Kredite geschlossen werden müssen.

Der Bewertungsverlust bei den Goldbeständen belaufe sich voraussichtlich auf rund 15 Milliarden Franken. Dem stünden Gewinne von 6 Milliarden Franken gegenüber – jeweils 3 Milliarden bei den Fremdwährungsbeständen der SNB sowie durch die Auflösung ihres Rettungsfonds für die Schweizer Großbank UBS. Der Nettoverlust beträgt daher rund 9 Milliarden Franken.

Hinzu kommt aber laut SNB noch eine erforderliche Rückstellung für Währungsreserven in Höhe von 3 Milliarden Franken. Das unter dem Strich stehende Bilanzminus von 12 Milliarden Franken sei deutlich höher als die Ausschüttungsreserve. Gemäß den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes könne die SNB daher keine Gewinnausschüttung vornehmen.

Rentner will 860.000 Euro über deutsche Grenze schmuggeln

Weil am Rhein (dpa) – Ein Rentner hat versucht, mit einem Auto 860.000 Euro aus der Schweiz nach Deutschland zu schmuggeln. Bei einer Routinekontrolle in Weil am Rhein (Baden-Württemberg) ging der 79-Jährige dem deutschen Zoll ins Netz.

Weil sich der Rentner und der Fahrer des Wagens bei der Kontrolle sehr nervös verhalten hätten, untersuchten die Beamten das Auto näher und wurden im Fußraum auf der Beifahrerseite fündig.

Austellung „Photo14“ in ZüricH

Besucher sehen sich die Fotografien der Austellung „Photo14“ in Zürich an. Hier werden bis einschließlich heute Fotografien nationaler und internationaler Künstler in der Maag Halle präsentiert.

Wolf erschossen – Belohnung für Hinweise

Tamins (dpa) – Einer von schätzungsweise 20 Wölfen in der Schweiz ist Opfer eines Wilderers geworden. Tierschützer haben nun rund 8000 Euro Belohnung für Hinweise auf den Schützen ausgesetzt, teilte der Präsident der ,,Gruppe Wolf“, David Gerke, am Freitag mit. Das tote Tier wurde vor einer Woche in der Nähe von Tamins im Kanton Graubünden gefunden. Der Wolf verendete laut Untersuchungen vermutlich erst Tage nach einem Streifschuss.

Ein versehentlicher Abschuss des Tieres durch einen Jäger sei auszuschließen. ,,Zur Zeit ist nur die Fuchsjagd erlaubt und dabei wird nur mit Schrott geschossen“, so Gerke. Das Rudel lebte bisher ohne große Konflikte in der Gegend, so Gerke. In einzelnen Fällen sollen die Raubtiere Schafe gerissen haben. Gefahr für Menschen bedeute das aber nicht, sagte Gerke.

Insgesamt waren Wölfe in der Schweiz fast 120 Jahre ausgerottet. Erst 1995 siedelten sich einzelne Tiere wieder an. Seitdem gab es bisher zwei dokumentierte Fälle von Wilderei. Dem Täter droht eine Geldstrafe von bis zu 16.000 Euro oder bis zu einem Jahr Gefängnis.

WICHTIGE MITTEILUNG AN ALLE ABONNENTEN

Liebe AbonnentenInnen der neue WOCHE in Australien

Mit Beginn des Jahres hat die Firma Foreign Media Australia Pty. Ltd. die Herausgabe der einzigen deutschsprachigen Zeitung in Australien übernommen.

Ein Abonnement (6 Monate) bis zum 30. Juni 2014 für „Die neue WOCHE in Australien“ kostet weiterhin

$84.00 inkl. GST für Print Post
$110.00 inkl. GST für Briefsendung und
$55.00 inkl GST für ein PDF .

Bitte zahlen Sie dieses per Scheck / Money Order :
Unbedingt ausstellen an: Foreign Media Australia Pty. Ltd.
PO Box 1032, Randwick NSW 2031

Per Banküberweisung an:
Foreign Media Australia Pty. Ltd.
Commonwealth Bank
BSB: 062 - 230
Account Number: 1119 3782
Bitte geben Sie Ihre vierstellige Abonnentennummer und Ihren Namen an!

Oder per Kreditkarte :

_____-_____

Karteninhaber / Abonnentennummer

_____ / _____ / _____ / _____

Kreditkartennummer

_____

Expiry Date

Wichtiger Hinweis:
Keine Rückerstattung bei Stornierung des Abonnements.
Abonnements sind nur bei Vorauszahlung erhältlich.

Foreign Media Australia Pty. Ltd.
PO Box 1032, Randwick NSW 2031
Tel.: 045 1790 403
Email: neuewoche@hotmail.com
ABN: 42167437943

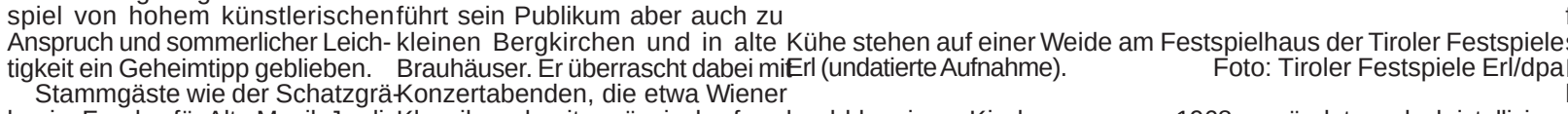
Kult und Kultur jenseits von Salzburg: Das Festivaljahr in Österreich

Wien (dpa) – Kultur plus Sommer ist gleich Festival, und Österreich plus Festival ist gleich Salzburg – die Gleichung stimmt nicht ganz. Unbestritten sind die Salzburger Festspiele das größte und wichtigste Kulturfestival des Landes. Aber auch abseits von Salzburg, Wien oder Bregenz können Musik-, Theater- und Opernfreunde viel Überraschendes entdecken. Ein Blick auf die kleineren Festivals im Land:

DAS FEINSINNIGE: Untrennbar mit dem Namen Nikolaus Harnoncourt verbunden ist das steirische Festival styriarte (20. Juni bis 20. Juli), das in diesem Jahr thematisch dem ,,Zauber der Natur" nachspürt. Gegründet, um den international beschäftigten Musiker enger an seine Heimatstadt Graz zu binden, hat sich die styriarte für Kenner zu einem der Höhepunkte im sommerlichen Festspielreigen entwickelt. Dabei ist das Festival mit seinem ausgewogenen Zusammenspiel von hohem künstlerischen Anspruch und sommerlicher Leichtigkeit ein Geheimtipp geblieben.

Stammgäste wie der Schatzgräber im Fundus für Alte Musik Jordi Savall und ungewöhnliche Konzertformen wie die beliebte ,,styriarte Landpartie", ein musikalischer Ausflug an jährlich neue Ziele, prägen das erlesene Programm. Solo-abende und Kammermusik, aber auch große Orchester und szenische Inszenierungen sind in den Konzertsälen, Stiften und Kirchen der Region zu erleben. Sie geben dem Programm seine edle, intime und zum Teil bewusst regionale Prägung.

DAS AMBITIONIERTE: Im barocken Stift Ossiach und in Villach in Kärnten schlägt der Carinthische Sommer vom 12. Juli bis 27. August sein Basislager auf und widmet in diesem Sommer Ludwig van Beethoven einen Schwerpunkt. Intendant Thomas Daniel Schlee entführt sein Publikum aber auch zu kleinen Bergkirchen und in alte Brauhäuser. Er überrascht dabei mit Konzertabenden, die etwa Wiener Klassik und zeitgenössische fernöstliche Kompositionen kombinieren. Auch weniger Ernsthaftes wie die Wiener Bläser-Combo Mnozil Brass ist in Kärnten zu hören. Exemplarische Aufführungen von Kirchenopern, aber auch ein hochklassiges Kinderprogramm geben dem Festival sein eigenwilliges Profil.



Kühe stehen auf einer Weide am Festspielhaus der Tiroler Festspiele Erl (undatierte Aufnahme). Foto: Tiroler Festspiele Erl/dpa

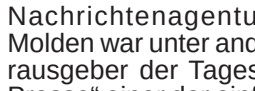
DAS JUNGE: ,,Für immer jung" könnte das Motto des zweiten großen Festivals in der Steiermark sein. Denn im ,,steirischen herbst", der 1968 gegründet wurde, kristallisierte sich über die Gründungsjahre die österreichische Avantgarde. Dieser Geist hat sich bei dem Festival erhalten, das unter Intendanz von Veronica Kaup-Hasler vom 26. September bis 19. Oktober in Graz stattfindet. Von Eingeweihten kurz ,,Der Herbst" genannt, ist dieses Festival betont am Zeitgeschehen orientiert, lässt die Sparten ineinanderfließen und bezieht auch den Diskurs über Kultur und Gesellschaft ins Programm mit ein. Nebenbei bietet der ,,steirische herbst" einen der wenigen mozartfreien Spielpläne der österreichischen Festspielszene.

DAS KU(H)LTIGE: Kühe vor dem Festspielhaus, alpenländische Idylle im Kontrast zu kunstvollen Koloraturen – die Tiroler Gemeinde Erl hat sich unter Leitung des Dirigenten Gustav Kuhn einen ganz eigenen Platz im Festivalgeschehen gesichert. Kuhn etablierte 1998 in dem bis dahin für seine Passionsspiele bekannten Ort im Tiroler Unterland ein hochkarätiges Sommerfestival, das mit viel Zeitgenössischem und viel Liebe zum Werk Richard Wagners zuerst das Publikum, dann auch die Fachwelt überzeugte – spätestens mit dem Projekt ,,Wagners Ring in 24 Stunden" 2005. Der Erfolg spornte die Festivalleitung an, nach der Sommersaison, in diesem Jahr vom 10. Juli bis 3. August, eine zweite Saison im Winter aufs Programm zu setzen.

Publizist und Verleger Fritz Molden gestorben

Wien (dpa) – Der österreichische Publizist und Verleger Fritz Molden ist am Samstag im Alter von 89 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Das teilte seine Witwe der Nachrichtenagentur APA mit. Molden war unter anderem als Herausgeber der Tageszeitung ,,Die Presse" einer der einflussreichsten Verleger der Alpenrepublik.

Molden widmete sich auch diplomatischen Aufgaben. 1987 bereiste der ehemalige Widerstandskämpfer Westeuropa und die USA, um als Sonderbotschafter die Position Österreichs zum Fall Waldheim darzulegen. Der damalige österreichische Präsident Kurt Waldheim war wegen seiner Vergangenheit in der Nazi-Zeit unter Beschuss geraten und international isoliert.



Fritz Molden

Explosion tötet zwei Männer in Auto

Wien (dpa) – Eine Explosion in einem Auto in Wien hat zwei Insassen getötet. Die Identität der beiden Männer sei noch unklar, teilte die Polizei mit. Einer von ihnen starb im Auto, der andere erlag auf dem Weg ins Krankenhaus seinen Verletzungen. Erste Ermittlungen deuten darauf hin, dass eine Handgranate im Inneren des Wagens scharf gemacht wurde und explodiert ist. ,,Wir haben keine Hinweise darauf, dass sie von außen in das Auto geworfen wurde", sagte Polizeisprecher Thomas Keiblinger. Weitere Waffen wurden nicht gefunden.

Kunstschnee bewahrt vor Verlusten im Ski-Tourismus

Wien (dpa) – Angesichts des milden Winters kämpft Österreich mit enormen Investitionen in Kunstschnee gegen Verluste im Tourismusgeschäft. Allein in der laufenden Saison wollten die Skigebiete laut einer Umfrage rund 88 Millionen Euro in entsprechende Anlagen investieren, sagte ein Sprecher des Fachverband Seilbahnen am Freitag. Ein schneefreier Saisonstart könne zu einem Umsatzminus von 900 Millionen Euro führen.

Das teils frühlingshafte Wetter gerade in den Nordalpen führt dazu, dass sich kaum Skifahrer spontan zu einem Trip in die Berge entschließen. ,,Bei langfristigen Buchungen gibt es keine Stornierungen, aber uns fehlen die Tagesgäste", sagte die Sprecherin der Österreich Werbung, Ulrike Rauch-Keschmann.

Während in den großen Skigebieten in Tirol die Pisten präpariert seien und nur der ,,Winterzauber" rundherum fehle, litten die niedrig gelegenen Skigebiete in Nieder- und Oberösterreich erheblich. Auf der Sonnenseite in puncto Schnee sei diesmal der Süden des Landes. In Kärnten herrschten exzellente Bedingungen, sagte Rauch-Keschmann.

Action am Rad: Aufregende Suche nach bestem Zweirad-Mechaniker

Frankfurt/Main (dpa) – Plötzlich dröhnt ein Motor durch die Halle und übertönt das Grundgeräusch Metall, das auf Metall trifft. Acht junge Männer schrauben an Motorrädern herum, zwischendurch stieren sie auf Laptops. Wie Maximilian Hammel. ,,Erst mal Ruhe reinzukriegen, das ist nicht so einfach", sagt der 23-Jährige, der in Zahlentabellen auf seinem Bildschirm nach Hinweisen sucht. Denn das Motorrad hinter ihm läuft nicht, wie es soll.

Der Grund sind extra eingebaute Fehler, die Hammel beheben soll. Sechs Stunden lang hat er Zeit, sich mit sieben weiteren jungen Männern seines Fachs beim Europa-Cup der Zweirad-Berufe in Frankfurt zu messen. Und am Ende hat er es geschafft: Maximilian Hammel ist der beste Motorradmechaniker Europas.

Ein Stockwerk tiefer, im Keller der Bundesfachschule für Zweiradtechnik, treten die besten Fahrradmechaniker aus Deutschland, Österreich, Tschechien und der Schweiz gegeneinander an. Fünf Männer, eine Frau.

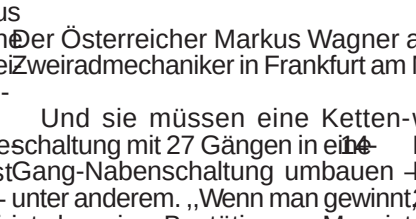
Irene Moser repräsentiert die Schweiz – und auch etwa das Geschlechterverhältnis im Beruf der Zweiradmechaniker. Unter 20 Azubis sei etwa eine Frau, schätzt Ralf Murken vom Gesellenprüfungsausschuss der Bundesfachschule. Dabei sei Intelligenz gefordert und Fingerfertigkeit. ,,Es ist also eigentlich nicht zu erklären, warum das nicht viel mehr Frauen machen." Irene Moser liefert den Beweis. Die Prüfer wählen sie zur drittbesten Fahrradmechanikerin Europas.

Alle, die am sechsten Europa-Cup der Zweiradberufe teilnehmen, sind die besten ihres Landes. Aber nicht alle haben die selbe Ausbildung – und darin liegt auch die große Herausforderung für die Organisatoren, die Zweiradmechaniker-Bundesinnung und der hessische Landesverband. In Deutschland und der Schweiz ist die Lehre dualaufgebaut, Azubis lernen im Betrieb und in der Berufsschule und haben noch ergänzende Kurse. In Österreich und Tschechien ist Zweiradmechaniker ein Job, den man in der Firma lernt – ohne schulische Ausbildung. Trotzdem müssen beim Cup alle die gleichen Aufgaben lösen.

Ausgedacht hat sie sich für die Fahrräder der Gesellenprüfer Ralf Murken. ,,Die Teilnehmer müssen erworbenes Wissen auf ein neues Problem anwenden, das so in der Berufspraxis wahrscheinlich noch nicht aufgetaucht ist", erklärt er. Es gebe besonders elegante Lösungen – und die würden belohnt.

In der Fahrradwerkstatt ist es leiser als oben bei den Motorrädern. Aber offenbar nicht leise genug. Einige Prüfer und Delegierte aus den Teilnehmerländern unterhalten sich ungehemmt – bis ein schmaler junger Mann mit Strickmütze von seiner Werkbank aufsteht und um Ruhe bittet: Sebastian Risch (21) aus Freiburg weiß, er muss seine Sache gut und genau machen, wenn er seinem Meister Philipp Günsch nachfolgen will. Der war vor vier Jahren Sieger und begleitet nun seinen Gesellen. ,,Die Gesamtaufgabe ist schwierig, ein großer Umbau in kurzer Zeit, von Rad über Schaltung bis Bremse", erklärt Günsch.

An jedem Arbeitsplatz ist ein Mountainbike an einem Montageständer aufgehängt, Stellwände trennen die Prüflinge voneinander. Die Mechaniker müssen aus Speichen, Felge und Nabe ein Rad zusammenbauen.



Der Österreicher Markus Wagner arbeitet beim 6. Europa-Cup der Zweiradmechaniker in Frankfurt am Main an einem Motorrad.

Und sie müssen eine Kettenschaltung mit 27 Gängen in eine 14-Gang-Nabenschaltung umbauen – unter anderem. ,,Wenn man gewinnt, ist das eine Bestätigung. Man ist dann ganz vorn mit dabei", sagt Günsch.

Und für den Lebenslauf sei so ein Sieg auch gut. Günsch hat nach seinem Sieg seinen Meister gemacht, heute ist er 27, Filialleiter und blickt auf seinen eigenen Lehrling. ,,Das ist schon toll zu sehen, wie er sich entwickelt." Und wie er gewinnt, seinem Meister nachfolgt: als bester Fahrradtechniker Europas im Jahr 2014. Bei den Motorrädern müssen die Mechaniker vor allem bei der sich ständig weiter entwickelten Elektronik dran bleiben. Die fordert auch die Cup-Teilnehmer besonders, sagt Thorsten Krader, Leiter der Bundesfachschule, unter dessen Regie die Fehler in die Räder eingebaut wurden. Sie arbeiteten an ,,richtig komplexen" Maschinen.